

Von der Leyen gibt Trump in Sachen Zölle nach

Die 750 Milliarden Dollar schwere Energieverpflichtung der EU und die Zugeständnisse bei den Zöllen in Höhe von 15 Prozent offenbaren die Verzweiflung Brüssels, die Eurozone zu erhalten, während die BRICS-Staaten strategische Vorteile aus der Torheit des westlichen Handelskriegs ziehen.



29. Juli 2025 | Think BRICS und Megas Alexandros

Schottland war Gastgeber des Treffens zwischen zwei Konkurrenten, die dasselbe „wahnsinnige“ Ziel einer merkantilistischen Politik verfolgen. Brüssel kapituliert vor Trump, um das europäische Projekt und seine Währung über Wasser zu halten. Wie immer werden die amerikanischen und europäischen Bürger den Preis dafür zahlen. Für die BRICS-Staaten besteht kein Grund zur Sorge, wenn ihre Staats- und Regierungschefs wissen, wie sie das Monopol über ihre Währungen richtig einsetzen können.

Die vorhersehbare Kapitulation der EU

Letzte Woche, inmitten des politischen „Gerangel“ in Rom und Brüssel um Trumps bevorstehende Zölle, schloss ich meinen Artikel mit der Hypothese, dass Trumps wahnwitzige Politik, diejenigen zu besteuern, die seinem Volk echte Güter liefern, denjenigen Hoffnung geben könnte, die schon lange auf das Ende der Eurozone und ihrer Währung hoffen.

Leider wird dies nicht der Fall sein. Es war durchaus vorhersehbar, dass die EU alles tun würde, um ihre Geldschöpfung und ihre verdamnten Regeln nicht zu verlieren, die wesentliche Instrumente sind, um die Macht fest in den Händen der Eliten zu halten, die das europäische Projekt leiten, das eindeutig auf eine Rückkehr zu ihren „glorreichen“ mittelalterlichen Zeiten ausgerichtet ist.

Der Gipfel in Schottland: Zwei Spieler, dasselbe Spiel

Am vergangenen Wochenende fand im Golfresort des amerikanischen Tycoons in Turnberry, Schottland, das lang erwartete Treffen zwischen Donald Trump und der EU-Oberkommissarin Ursula von der Leyen, statt, das notwendig war, damit die Brüsseler Regierung versuchen kann, dieselbe wahnsinnige merkantilistische¹ Politik aufrechtzuerhalten, die die Regierung in Washington nun zu ihrer eigenen machen will. Mehr zu exportieren als zu importieren ist mittlerweile zu einem unverzichtbaren „Muss“ für die europäische Elite geworden, die sich daran erfreut, dass die Menschen ständig in Entbehrung leben, selbst was die grundlegendsten Güter angeht.

Für diejenigen, die es noch nicht verstanden haben: In Schottland standen sich zwei politische Persönlichkeiten gegenüber, die beide um dieselbe Beute kämpften. Sowohl der amtierende US-Präsident als auch die Staats- und Regierungschefs der europäischen Länder, die beide im Namen ihrer jeweiligen Interessengruppen argumentieren, glauben, dass sie gewinnen, wenn sie sich das Geld des anderen aneignen, zumindest was die Wirtschaftssysteme der Länder und Nationen betrifft.

Staaten vs. Unternehmen: Ein grundlegendes Missverständnis

Mittlerweile hat die Propaganda der westlichen Welt Staaten definitiv mit privaten Unternehmen gleichgesetzt. Und diejenigen, die sich in Regierungspositionen befinden, denken, sobald sie die Führung ihres Landes übernommen haben, in Bezug auf Budgets und finanzielle Bedürfnisse genauso, als würden sie eines ihrer Unternehmen leiten und nicht einen Staat.

Wenn für ein Unternehmen des privaten Sektors die Beschlagnahme fremden Geldes eine zwingende Notwendigkeit ist, so ist dies für einen Staat völlig überflüssig, da Regierungen unter Monopolbedingungen selbst Geld produzieren. Umgekehrt sollte für einen Staat die Beschaffung von Gütern und Arbeitskräften zur Versorgung seiner selbst und damit zur Befriedigung der Bedürfnisse seines Volkes Vorrang haben.

Wir alle wissen jedoch, dass Trump und vdL sich in Schottland sicherlich nicht im Interesse ihrer Völker getroffen haben, sondern im Interesse der Eliten, die sie an die Macht gebracht haben.

Der globale Wandel: Von US-Importen zur Fertigung

Seit einiger Zeit ist im Ausland beschlossen worden, dass die USA nicht länger Nettoimporteur von Produkten aus dem Rest der Welt sein sollen, und folglich müssen die Amerikaner ihre derzeitigen Arbeitsverpflichtungen aufgeben, um wieder in den Fabriken zu arbeiten und zu produzieren, die Trump bauen will.

China und Europa müssen sich nun aus dem Kopf schlagen, dass sie das Exklusivrecht auf eine merkantilistische Politik haben, die jahrzehntelang ausschließlich ihnen gehörte.

Wenn man in Peking schon seit langem – mit staatlichen Druckmaschinen, die bereits darauf eingestellt sind, dass die Chinesen die Produktion konsumieren, die die Amerikaner nicht mehr konsumieren werden – durchaus bereit ist, den Staffeln weiterzugeben und Trump einen Pyrrhussieg zu gewähren, indem man ihm genau die Last auferlegt, für andere zu arbeiten, so hat man in der EU hingegen keinerlei Absicht, den seit ihrer Gründung auf Sparmaßnahmen ausgerichteten Kurs der Regierung umzukehren. Die Unterstützung der Binnennachfrage, um die Europäer zum Konsum

1 Merkantilismus: Wirtschaftspolitik und -theorie des absolutistischen Staates: Möglichst viel exportieren, möglichst wenig importieren.

anzuregen, ist undenkbar. Für ihre Eliten bleibt die Steigerung der Zahlen auf den Kontoauszügen, die die von anderen produzierte Währung repräsentieren, die Priorität.

Aus diesem Grund, um größeren Schaden zu vermeiden, angesichts der Aussicht auf ein Scheitern der Vereinbarung mit Trump, das zu einer dramatischen Eskalation von Zöllen und Gegenzöllen sowie zu unkontrollierbaren gegenseitigen Vergeltungsmaßnahmen geführt hätte – was sicherlich die EU selbst ernsthaft gefährdet hätte –, zogen sie es vor, eine [Vereinbarung](#) zu unterzeichnen, obwohl sie von Anfang an wussten, dass es unmöglich sein würde, diese innerhalb der derzeitigen Haushaltsdisziplin, die von den Mitgliedstaaten verlangt wird, aufrechtzuerhalten.

Trump jubelt in seinem Wahnsinn und feiert das Abkommen, das er als „das wahrscheinlich größte Abkommen, das jemals in irgendeinem Bereich, ob kommerziell oder nichtkommerziell, geschlossen wurde“ bezeichnet, während man auf der anderen Seite in Europa bereits darüber nachdenkt, welche teuflische Magie man erfinden kann, um weiterhin seinen Kuchen zu haben und ihn auch zu essen.

Die Bedingungen des Abkommens: Ein Pyrrhussieg

Um die 30-prozentigen Zölle zu verhindern, die Trump ab dem 1. August auf die meisten europäischen Produkte erhoben hätte, akzeptierte von der Leyen, dass die durchschnittlichen Zölle auf europäische Exporte in die Vereinigten Staaten von 4,8 Prozent in der Zeit vor Trump auf 15 Prozent steigen, was strategische Sektoren wie Automobile, Halbleiter und Pharmazeutika betrifft. Darüber hinaus verpflichtet sich Europa, in den nächsten drei Jahren amerikanische Energieprodukte im Wert von 750 Milliarden Dollar zu kaufen und die Investitionen in den USA um weitere 600 Milliarden Dollar zu erhöhen. Brüssel hat sich außerdem bereit erklärt, die europäischen Märkte für US-Waren „zollfrei“ zu öffnen und „große Mengen“ an [US-Waffen zu kaufen](#), wie Trump betonte.

Im heiklen Bereich Stahl und Aluminium, der derzeit mit einem Zollsatz von 50 Prozent belastet ist, wird ein Quotensystem eingeführt, das die Zölle schrittweise senken wird. Das Abkommen sieht schließlich eine Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU vor, um der Überkapazität Chinas, insbesondere im Stahlsektor, entgegenzuwirken.

Das Energieparadoxon: Ein unmögliches Versprechen

Nehmen wir als Beispiel die Klausel des Abkommens, die sich auf das Versprechen bezieht, jährlich Energie im Wert von 250 Milliarden Dollar aus den USA zu importieren, um zu verstehen, dass von der Leyen nur in Schottland war, um das Problem auf die lange Bank zu schieben. Ein politischer Schachzug, bestehend aus dem „Versprechen“, das Thema auf künftige Diskussionen zu verschieben und in der Zwischenzeit eine Senkung der Zölle auf 15 Prozent zu erreichen. Eine vergebliche Senkung, da der Dollar seit Februar gegenüber dem Euro um 15 Prozent abgewertet wurde, wodurch das Preisproblem für Exporteure vom alten Kontinent in die USA wieder auf 30 Prozent [gestiegen ist](#).

BRICS-Chance: Aus den Fehlern des Westens lernen

Der Albtraum, der den europäischen Ländern angesichts des Kurswechsels Washingtons im internationalen Handel bevorsteht, muss denjenigen in der BRICS-Welt, die noch immer vom Traum einer gemeinsamen Währung angezogen sind, als Lehre dienen. Nur nationale Währungen, die von

den lokalen Regierungen – nach dem Vorbild Pekings – im Rahmen ihrer fiskalpolitischen Funktion gut eingesetzt werden, können die Auswirkungen, die Trumps Zölle auf ihre Volkswirtschaften haben könnten, neutralisieren und sogar zunichte machen.

Um ganz ehrlich zu sein, könnte die Produktion im Ausland auch eine Chance sein, Arbeitskräfte in andere Sektoren umzuverteilen. Und sollten einige von ihnen die Wechselkurse nutzen wollen, um bestimmte Exportsektoren strategisch zu unterstützen, können ihre Zentralbanken jederzeit auf eine Dollarisierung hinarbeiten, die derzeit ein Faktor der Instabilität für Washingtons Bestrebungen ist, die Handelsbilanz wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Zurück zum Thema Energie und dem in Schottland unterzeichneten Abkommen, mit dem sich die EU, anstatt einen Weg zu einer sichereren Energieunabhängigkeit einzuschlagen, offenbar vollständig in die Hände der USA begeben hat. Auch dies kann zu einem starken strategischen Vorteil für die BRICS-Staaten werden, die russisches Gas und Öl zu deutlich niedrigeren Preisen als ihre europäischen Konkurrenten beziehen können.

Und selbst wenn es angesichts der Datenlage für die EU-Länder praktisch unmöglich sein wird, eine solche Vereinbarung einzuhalten, wird nichts diesen strategischen Vorteil für die BRICS-Staaten zerstören können, der ihnen großzügig von dem Autopiloten gewährt wird, der Europa geradewegs auf den Eisberg zusteuert.

Wenn wir uns das Jahr 2024 ansehen und den Wert der Importe von Rohöl, Flüssigerdgas (LNG) und metallurgischer Kohle aus den USA addieren, kommen wir auf einen Gesamtwert von etwa 94 Milliarden Dollar. Diese Zahl ist zwar rein indikativ, da sie den Schwankungen der Preise für fossile Brennstoffe unterliegt, aber sie macht weniger als ein Drittel der 250 Milliarden Dollar aus, die Gegenstand des Abkommens sind. Von der Leyen hat also ein Abkommen unterzeichnet, das unmöglich einzuhalten ist, es sei denn, man plant bereits, die Energiepreise für Familien und Unternehmen so stark anzuheben, dass dieses Ziel erreicht wird – ganz im Sinne der Profite der Energie-lobby. Ich wage mir gar nicht vorzustellen, zu welchem sozialen Drama es in Europa kommen würde, wenn die grenzenlose Gier derer, die uns führen, so weit gehen würde.

Eine Wirtschaft mit selbstverschuldeten Schäden

Im Ausland wird die Einführung von Zöllen als die größte und regressivste Steuererhöhung angesehen, die jemals amerikanischen Verbrauchern auferlegt wurde. Die Eliminierung solcher Importe durch Zölle (während die USA nahezu Vollbeschäftigung haben) kommt einem enormen negativen Angebotsschock gleich, ähnlich wie eine Missernte. Es handelt sich um eine einmalige, selbstverschuldete und höchst regressive Verringerung des Konsums und damit des Lebensstandards, von der auch der Rest der Welt profitiert.

Natürlich kommt dies dem Teil der Welt zugute, dessen Regierungen zeigen, dass sie verstehen, wie der Austausch in modernen Wirtschaftssystemen wirklich funktioniert, geleitet von Fiat-Geld, das von Natur aus ein öffentliches Monopol ist. Es ist klar, dass angesichts eines Trump, der seine Außenbilanz umkehren will, die perfekte Wissenschaft der „doppelten Buchführung“ erfordert, dass auf der anderen Seite jemand das relative Defizit akzeptiert, das erforderlich ist, um den Überschusswünschen des Weißen Hauses zuzustimmen.

Europas sturer Weg: Sparpolitik statt Wohlstand

Während China, wie bereits erwähnt, offenbar sehr gut verstanden hat, welche Waffen es zur Verfügung hat, um sich nicht um die schwierige Phase der „Menopause“ zu scheren, die Trumps Wirtschaftspolitik prägt, kommt es in Brüssel überhaupt nicht in den Sinn, die Zügel der Staatshaushalte zu lockern, um die Folgen des gerade unterzeichneten Abkommens zu bewältigen und stattdessen die Beschäftigung und den Binnenkonsum zu unterstützen.

Sie werden erneut versuchen, die Belastbarkeit der europäischen Völker zu testen, ohne dass es zu dauerhaften Verformungen oder Brüchen kommt, mit einer weiteren Machtdemonstration, die die Eliten uns allen seit Jahrzehnten auferlegen. In der Zwischenzeit werden sie, wie auch die italienische Premierministerin Meloni erklärt hat, von Fall zu Fall handeln und die kritischen Probleme der am stärksten betroffenen Sektoren, die das europäische Projekt gefährden könnten, vor Ort lösen.

Der italienische Faktor und die Zukunftsaussichten

Seien Sie versichert, dass die von Italien geführte EU die Sparpolitik nicht aufgeben wird und dass die Regierung in Rom an vorderster Front dafür kämpfen wird, das von Draghi im Namen der italienischen Elitefamilien erträumte europäische Föderalismusprojekt zu verwirklichen. Ein Projekt, das, wie wir wissen, für die Menschen Schulden und den Verzicht selbst auf grundlegende Lebensnotwendigkeiten vorsieht.

Trump wird früher oder später gehen, und jemand anderes, der vielleicht besser zum Projekt der europäischen Elite passt, wird sich im Oval Office wiederfinden.

Der Kampf der USA und der EU um dieselbe wahnsinnige „Beute“ wird zweifellos das Wirtschaftswachstum und damit den Wohlstand in den Ländern der BRICS-Region begünstigen, wenn nur ihre Führer in der Lage sind, die epochalen Veränderungen, die sich derzeit vollziehen, auf der Ebene der Wirtschaftsdoktrin und der richtigen Nutzung des Monopols über ihre Währungen zu erkennen.